

Position der Studierenden zu den Sparmassnahmen des Bundes

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) ist überzeugt, dass kurzfristige Sparmassnahmen im Bildungsbereich langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz untergraben – weshalb die vom Bund geplanten Studiengebührenerhöhungen als direkter Angriff auf Chancengleichheit und die Zukunft junger Menschen abzulehnen sind.

Das Wichtigste in Kürze

- ▷ **Die Erhöhung der Studiengebühren gefährdet die Chancengleichheit im Schweizer Bildungssystem.**
Die Erhöhung führt dazu, dass Studierende nicht mehr aufgrund ihrer Fähigkeiten und Leistungen, sondern aufgrund ihres finanziellen Hintergrunds selektiert werden. Wer sich die höheren Kosten nicht leisten kann, wird ausgeschlossen – unabhängig von Talent oder akademischem Potenzial. Dies führt langfristig zu einem Verlust an Fachkräften und Innovation.
- ▷ **Das Stipendienwesen ist unzureichend.**
Das Stipendienwesen in der Schweiz reicht ohne weitere Investitionen und einen Ausbau des Stipendiensystems nicht aus um die Chancengleichheit weiterhin zu gewährleisten.
- ▷ **Die Kürzungen gefährden den Innovations- und Wirtschaftsstandort Schweiz.**
Die Schweiz ist für ihre qualitativ hochstehende, innovative und oftmals wegweisende Bildung und Forschung weltbekannt. Hochschulen sind das Fundament für kritisches Denken, Forschung und Innovation. Sie stärken die Wirtschaft und sichern den Innovationsstandort Schweiz. Ohne ausreichende Investitionen des Bundes in Bildung und Forschung droht der Verlust dieser globalen Spitzenposition.
- ▷ **Drohende Verschlechterungen der Qualität von Lehre und Forschung aufgrund erzwungener Leistungskürzungen.**
Die Qualität von Lehre und Forschung kann bei weiter steigenden Studierendenzahlen nur gehalten werden, wenn auch die Investitionen in den Lehrkörper, die Lehrentwicklung und die Infrastruktur steigen. Nimmt die Qualität der Ausbildung ab, werden künftige Generationen von Studierenden auf dem Arbeitsmarkt weniger leisten können. Damit leidet die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Dieser Schaden ist langfristig und wird sich nicht mit kurzfristigen Investitionen in ein paar Jahren beheben lassen.
- ▷ **Höhere Studiengebühren, höhere Nebenjob Pensen, längeres Studium**
Bereits heute sind über 73% der Studierende auf Nebenjobs angewiesen, um ihren Lebensunterhalt und die bestehenden Studienkosten zu decken. Eine Erhöhung der Studiengebühren zwingt die Studierenden, noch mehr Zeit in Erwerbsarbeit zu investieren - auf Kosten ihres Studiums. Das bedeutet weniger Lernzeit, verzögert Prüfungen und verlängert die Studiendauer. Hochschulen werden zusätzlich belastet, weil Studierende länger eingeschrieben bleiben, und der Eintritt in den Arbeitsmarkt verzögert sich. Statt finanzielle Hürden zu erhöhen, muss ein fairer und sicherer Bildungszugang für alle erhalten bleiben. Regelstudienzeiten dürfen kein Luxus sein!
- ▷ **Für jeden investierten Franken in Bildung erhält die Schweiz bis zu fünf Franken zurück.**
Investitionen in Hochschulen werfen eine hohe Rendite für die Volkswirtschaft und den Fiskus ab. Durch die geplanten Sparmassnahmen würden diese Renditen langfristig fehlen und die schwierige finanzielle Lage des Bundes weiter verschärfen.

Chancengleichheit

Hochschulbildung spielt eine zentrale Rolle bei der Förderung der sozialen Mobilität, der individuellen wirtschaftlichen Freiheit und des gesellschaftlichen Fortschritts insgesamt. Die geplanten Sparmassnahmen drohen, aus einem Grundrecht ein Luxusgut zu machen!

In der Schweiz entscheidet der soziale Hintergrund noch immer stark über den Zugang zur Hochschulbildung. Nur 26 % der Studierenden kommen aus Nicht-Akademiker:innenhaushalten und sind damit deutlich untervertreten.¹ Bildungschancen sind also ungleich verteilt – und drohen sich durch Sparmassnahmen und höhere Studiengebühren weiter zu verschärfen. Wer an der Bildung spart, verwehrt benachteiligten Gruppen die Chance, sich aus schwierigen Verhältnissen zu befreien, und zementiert soziale Ungleichheiten.

Aktuell erhalten nur 13 % der Studierenden staatliche Unterstützung – ein europäischer Tiefstwert. Gleichzeitig steigen Lebenshaltungskosten, Mieten und psychischer Druck. Wenn Studiengebühren zusätzlich erhöht werden, bedeutet das konkret: Noch weniger junge Menschen aus finanziell benachteiligten Haushalten werden sich ein Studium leisten können. Das widerspricht nicht nur dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und Diskriminierungsfreiheit wegen Herkunft und sozialer Stellung – es gefährdet auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Innovationskraft der Schweiz.

Die Schweiz hat sich in Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verpflichtet, Bildung allen Menschen entsprechend ihrer Fähigkeit zugänglich zu machen – nicht entsprechend ihres Einkommens.² Budgetkürzungen und höhere Studiengebühren treffen insbesondere jene, die keine finanziellen Rücklagen oder familiäre Unterstützung haben. Bildung wird so vom Grundrecht zum Luxusgut – und gefährdet die Chancengleichheit in der Schweiz.

Wirtschaftliche Lage der Studierenden

Gemäss der Erhebung des Bundesamts für Statistik sind 72 % der Studierenden in der Schweiz erwerbstätig. Im Durchschnitt investieren Studierende wöchentlich 33,3 Stunden in ihr Studium, zusätzlich 10,4 Stunden in Erwerbsarbeit, 6,2 Stunden in Haushalt und Kinderbetreuung sowie 1,2 Stunden in ehrenamtliches Engagement. Das durchschnittliche wöchentliche Gesamtpensum liegt somit bei 51,1 Stunden.³

Eine Erhöhung der Studiengebühren würde diese bereits hohe Belastung weiter verschärfen. Um die zusätzlichen Kosten zu decken, wären viele Studierende gezwungen, ihren Beschäftigungsgrad zu erhöhen – auf Kosten der Lernzeit und Studienqualität. Dies hätte zur Folge, dass sich die Studiendauer verlängert, der Berufseintritt verzögert und damit auch die Rückzahlung des gesellschaftlichen Bildungsinvestments über Steuern später erfolgt.

Trotz der verbreiteten Erwerbstätigkeit stammt der Grossteil der finanziellen Mittel nicht aus selbst erwirtschaftetem Einkommen: Nur 42 % der Einnahmen werden durch Arbeit gedeckt, während 50 % durch familiäre Unterstützung beigesteuert werden. Bei den unter 20-Jährigen liegt dieser Anteil gar bei 82 %, bei den 21- bis 25-Jährigen bei 59 %.

Diese Zahlen machen deutlich: Eine Gebührenerhöhung wirkt als sozialer Filter. Sie erschwert insbesondere Studierenden aus einkommensschwächeren Haushalten den Zugang zur Hochschulbildung und gefährdet die Chancengleichheit. Der Zugang zum Studium muss sich an Leistung und Potenzial orientieren – nicht am Einkommen der Eltern.

Starke öffentliche Bildungsfinanzierung fördert Chancengleichheit – ein zentrales demokratisches Prinzip (BV 2, Abs.3).

¹ Bundesamt für Statistik. *Soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden, 2024*

² United Nations. *Universal declaration of human rights, 1948*

Davon arbeiten 61 % mit einem Beschäftigungsgrad von über 40 %.

³ Bundesamt für Statistik. *Soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden, 2024*

Rund 40 % der Studierenden wohnen bei ihren Eltern – bei den unter 25-Jährigen sind es über 50 %. Eine Erhöhung der Studiengebühren würde daher auch die finanzielle Belastung der unterstützenden Familien erhöhen.

Wie Tabelle 2 am Beispiel der ETH Zürich zeigt, sind die jährlichen Gesamtkosten für ein Studium dort seit 2018 um über 16% gestiegen – deutlich stärker als die allgemeine Teuerung im gleichen Zeitraum.

Diese Entwicklung hat mehrere Ursachen: Bereits 2018 beschloss der ETH-Rat eine schrittweise Erhöhung der Studiengebühren, hinzu kommen massive Preissteigerungen bei Mieten⁴, Krankenkassen⁵ und Lebensmitteln – auch in den Mensen der Hochschulen.

Posten	2018	2027	2027 (Bildungsausländer:innen)
Fixe Studienkosten	1'288	3'216	6'136
Schulgeld	1'160	2'920	5'840
Obligatorische Semesterbeiträge	128	148	148
ASVZ	60	70	70
Stipendienfonds	14	14	14
VSETH	64	64	64
Individuelle Lebenshaltungskosten	19'504	22'632	22'632
Miete	9'360	11'300	11'300
Essen	4'488	5'057	5'057
Mensa	1'488	1'860	1'860
Einkäufe	3'000	3'197	3'197
Transport	549	570	570
Krankenkasse	2'707	3'156	3'156
AHV	480	503	503
Kleider	1'200	1'279	1'279
Freizeit und Ferien	720	767	767
Total	20'792	25'848	28'768
Erhöhung im Vergleich zu 2018		24,3%	38,3%

Die nun geplante Erhöhung der Studiengebühren würde die wirtschaftliche Situation der Studierenden zusätzlich verschärfen und ihre finanzielle Belastung auf ein kritisches Niveau treiben – und das ohne Einberechnung weiterer möglicher Steigerungen der individuellen Lebenshaltungskosten.

Stipendien

Das Stipendienwesen benötigt bereits jetzt an vielen Stellen Überarbeitungen und das System ist für eine Studiengebührenerhöhung momentan nicht ausgelegt.

Während vermehrt Kantone ihr Budget nicht voll ausschöpfen, werden potentielle Stipendiaten abgelehnt, obwohl die Lebenshaltungskosten weiter steigen. Insgesamt wurde 2023 ein Prozent der Bildungsausgaben für Stipendien und Darlehen ausgegeben.⁶

Nur 4 Prozent des durchschnittlichen Einkommens beziehen Schweizer Studierende aus Sti-

Die Erhöhung erfolgte ab Herbst 2019 über zwei Jahre. Seit 2020 belaufen sich die jährlichen Studiengebühren an den beiden ETHs auf CHF 1'460.

⁴ Entwicklung der Mietpreise für Wohnungen im Kanton Zürich

⁵ Bundesamt für Statistik. Landesindex der Konsumentenpreise

Tabelle 1: Erhöhung der Kosten in CHF pro Jahr für Studierende über die letzten Jahre

⁶ Bundesamt für Statistik. Stipendien und darlehen, 2023

pendien, während 72 Prozent neben dem Studium erwerbstätig sind und 61 Prozent von ihnen 40 Prozent oder mehr beschäftigt sind. Niedrige Freibeträge sorgen dazu oft für Kürzungen der Stipendien. Mehr zu arbeiten lohnt sich deshalb finanziell häufig nicht.⁷

Ausserdem bleiben die kantonalen Stipendien den ausländischen Studierenden weitestgehend verwehrt. Wer nur für die Ausbildung in die Schweiz kommt, hat grundsätzlich keinen Anspruch auf kantonale Stipendien. Ausländerinnen und Ausländer müssen seit mindestens fünf Jahren in der Schweiz wohnen, um berechtigt zu werden.⁸

Freibeträge liegen in vielen Kantonen zu tief und auch die Maximalbeträge müssen angepasst werden. Es besteht dringend Handlungsbedarf, der mit einer Erhöhung von Studiengebühren umso prekärer werden würde.

Das Stipendienkonkordat hat Mindeststandards eingeführt, die die Stipendienlandschaft in der Schweiz verbessert haben. 22 Kantone, die für 94.2 Prozent der Wohnbevölkerung stehen, sind dem Konkordat beigetreten. Heute ist allerdings zu hinterfragen, wie zukunftsgerichtet die Aufstellungen sind. Heutige Standards sind nicht mit den Damaligen gleichzusetzen. Die Entwicklung führt dazu, dass es den Kantonen weiterhin möglich ist viel zu niedrige Beiträge zu sprechen und sich trotzdem im Rahmen der Vereinbarungen im Konkordat zu bewegen.⁹

First Generation Students

Für sogenannte First Generation Students – also Studierende, deren Eltern nicht über einen Hochschulabschluss verfügen – ist der Zugang zur Hochschulbildung mit besonderen Herausforderungen verbunden. Häufig fehlen im familiären Umfeld nicht nur die finanziellen Ressourcen, sondern auch das institutionelle Wissen über Studienwahl, Anmeldungen, Prüfungsphasen oder Stipendienmöglichkeiten. Eltern, die selbst nicht studiert haben, können ihre Kinder in diesen Prozessen oft nur eingeschränkt unterstützen.

Diese strukturellen Unterschiede wirken sich direkt auf die Chancengleichheit im Hochschulzugang und -erfolg aus. Eine Erhöhung der Studiengebühren würde diese Kluft zusätzlich vergrössern, da First Generation Students überdurchschnittlich häufig aus bildungsferneren und finanziell weniger privilegierten Haushalten stammen. Statt bestehende Ungleichheiten zu mildern, würden sie dadurch verschärft.

Höhere Studiengebühren führen zu längeren Studienzeiten – und schaden der Gesellschaft

Steigende Studiengebühren bedeuten nicht nur mehr finanzielle Belastung für Studierende – sie verlängern auch die Studiendauer und schwächen die Wirtschaft durch verzögerte Berufseinstiege.

Bereits heute arbeiten über 72 % der Studierenden - durchschnittlich 16 Stunden pro Woche - neben dem Vollzeitstudium, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Die durchschnittliche Studiendauer an Schweizer Hochschulen liegt bereits bei 5,7 Jahren – und könnte mit der Verdopplung der Studiengebühren weiter ansteigen.¹⁰

Wer noch mehr arbeiten muss, weil die Studiengebühren steigen, braucht länger fürs Studium oder bricht es ganz ab.

Das hat konkrete volkswirtschaftliche Folgen:

⁷ Bundesamt für Statistik. Soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden, 2024

⁸ Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und direktoren. Stipendien und Darlehen, 2023

⁹ Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und direktoren. Stipendien und Darlehen, 2023

¹⁰ Bundesamt für Statistik. Soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden, 2024

- ▷ Der Berufseinstieg junger Fachkräfte verzögert sich – und damit auch ihre Steuerzahlungen und Sozialabgaben.
- ▷ Studierende bleiben länger von staatlichen Unterstützungsleistungen oder der Infrastruktur der Hochschulen abhängig.
- ▷ Der Fachkräftemangel wird verschärft, obwohl gut qualifizierte Absolvent:innen dringend gebraucht würden.¹¹

Wer an der Bildung spart, verlängert nicht nur Studienzeiten – sondern auch die Zeit bis zur wirtschaftlichen Eigenständigkeit einer ganzen Generation.

Paradigmenwechsel Richtung Nutzerfinanzierung gefährdet das öffentliche Bildungsverständnis

Die geplante Verdopplung der Studiengebühren würde einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Schweizer Bildungspolitik markieren – weg vom Modell der öffentlich finanzierten Bildung hin zu einer verstärkten Nutzerfinanzierung nach anglo-sächsischem Vorbild.¹² Dieser Richtungswechsel ist problematisch. Ein solcher Paradigmenwechsel birgt die Gefahr, dass Bildung zunehmend als privates Gut wahrgenommen wird, dessen Zugang vom individuellen finanziellen Hintergrund abhängt. Dies widerspricht dem Grundsatz von Bildung als öffentliches Gut und als Menschenrecht, welches allen unabhängig von ihrer finanziellen Situation offenstehen sollte.

Ein solcher Wandel verschiebt die Verantwortung für Bildung zunehmend auf die Individuen, obwohl der Staat – und damit die gesamte Gesellschaft – direkt von gut ausgebildeten Bürgerinnen und Bürgern profitiert. Hochschulabsolvent:innen tragen in besonderem Mass zur wirtschaftlichen Entwicklung, Innovation, sozialen Stabilität und finanziellen Tragfähigkeit des Staates bei. Sie zahlen mehr Steuern, gründen Unternehmen, forschen, unterrichten, pflegen – und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer Bildung privatisiert, entzieht sich seiner Verantwortung und gefährdet langfristig die Chancengleichheit.

Studiengebühren sollen ein symbolischer Beitrag bleiben – kein Selektionsmechanismus. Die Hochschulbildung darf nicht zum Marktprodukt werden. Ein öffentlicher Bildungsauftrag verlangt eine öffentliche Finanzierung. Nur so bleibt der Zugang offen, die Qualität hoch und der Nutzen für die Gesellschaft als Ganzes gesichert.

Vergleich zu anderen Ländern

Ein Blick über die eigenen Grenzen hinaus:

Während wir in der Schweiz über eine Erhöhung der Studiengebühren diskutieren, haben einige Nachbarländer die Studiengebühren komplett abgeschafft.

In unserem Nachbarland Deutschland sind durchschnittliche Semesterbeiträge in Höhe von 273,40 Euro an staatlichen Hochschulen fällig. Dies sind keine Studiengebühren, da sie ausschliesslich administrative Kosten und den Sozialbeitrag decken von denen z.B. die Mensa bezahlt oder Wohnheime finanziert werden. Zusätzlich werden kostengünstige Semestertickets für den ÖV ermöglicht.¹³

In Österreich kostet das Studium grundsätzlich pro Semester 363,36 Euro. Die meisten Studie-

¹¹ Fachkräftemangel in der Schweiz – prognosen und handlungsbedarf, December 2023

¹² Martin Vetterli and Joël Mesot. Hochschulfinanzierung: Es braucht eine nationale Debatte, 2023

¹³ Bundesagentur für Arbeit. Kosten eines Studiums, December

renden haben allerdings die Möglichkeit für die Regelstudienzeit und zwei Toleranzsemester von den Studiengebühren befreit zu werden. Die Befreiung richtet sich unter anderem an EU-Bürger*innen und Schweizerinnen und Schweizer.¹⁴

In Frankreich ist das Studium seit 2011 kostenlos.¹⁵ Auch in skandinavischen Ländern wie z.B. Schweden ist das der Fall. Auch Ausländer aus EU-Staaten und der Schweiz studieren dort kostenlos.¹⁶

Auch in Schottland haben Einheimische sowie EU-Bürger:innen bei einem Vollzeit-Studium die Möglichkeit sich von den Studiengebühren befreien zu lassen.¹⁷

Diese Beispiele zeigen auf, dass der Zugang zur Bildung in grossen Teilen der EU eine zentrale Bedeutung hat. Es wird nach Leistung selektiert und nicht nach dem Einkommen der Eltern.

Reziprozität und Studiengebühren für EU-Bürger:innen

Neben der generellen Verdopplung der Studiengebühren für alle schlägt der Entlastungspaket 27 zusätzlich vor die Gebühren für Bildungsausländer:innen zu vervierfachen. Eine solche Massnahme gefährdet jedoch zentrale Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit und steht im Widerspruch zum bilateralen Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union.

Im Jahr 2024 waren 281'334 Studierende an Schweizer Hochschulen immatrikuliert, davon 22,5 % Bildungsausländer:innen. An den universitären Hochschulen stammen 72,8 % dieser Studierenden aus europäischen Ländern, davon wiederum 64,3 % aus einem EU-Mitgliedstaat.¹⁸

Staatsangehörigkeit	Abs.	Anteil in %
Total	49'421	100 %
Europa	35'960	72,8 %
<i>davon EU</i>	31'761	64,3%
Afrika	2'915	5,9 %
Amerika	2'617	5,3 %
Asien	7'810	15,8 %
Ozeanien	118	0,2 %

An Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen liegt der Anteil von Bildungsausländer:innen mit mit 14,8 % und 6,4 % deutlich tiefer.

Gleichzeitig studierten 2022 rund 17,7 % der Schweizer Studierenden im Ausland – überwiegend im europäischen Raum.¹⁹

Sie profitieren dort von tiefen Studiengebühren. Dieses bilaterale Gleichgewicht schafft ein gelebtes Reziprozitätsprinzip: Schweizer Studierende erhalten im EU-Ausland kostengünstigen Zugang zur Hochschulbildung, während Studierende aus der EU in der Schweiz gleichbehandelt werden. Eine einseitige Aufkündigung dieses Prinzips durch höhere Gebühren für EU-Bürger:innen gefährdet dieses Gleichgewicht und könnte zu Gegenmassnahmen im europäischen Ausland führen.

Aus Sicht der Schweizer Hochschulen und der Schweiz als Ganzes ist eine Erhöhung der Studiengebühren für Bildungsausländer:innen weder sachlich noch strategisch sinnvoll. Sie würde den Zugang zu Schweizer Hochschulen für leistungsstarke, aber nicht privilegierte internationale Studierende erschweren, die Diversität in den Studiengängen verringern und den Fach-

¹⁴ Studiengebühren in Österreich – die aktuelle situation und infos zur befreiung von studiengebühren, 2022

¹⁵ Studium in frankreich: Studiengebühren, kosten und finanzierungsmöglichkeiten, 2022

¹⁶ Studiengebühren in schweden, 2025

¹⁷ Tuition fees for further education students, 2025

¹⁸ Bundesamt für Statistik. Studierende an den universitären hochschulen, December 2024/25

Tabelle 2: Bildungsausländer:innen an Universitären Hochschulen nach Staatsangehörigkeit 2024/25

Das entspricht rund 46'000 Personen - sehr vergleichbar mit der Anzahl Bildungsausländer:innen an Schweizer Hochschulen

¹⁹ Eurostat. Share of mobile students from abroad enrolled by education level, sex and country of origin

Auch die Europäische Union fordert in den bilateralen Verhandlungen die Gleichbehandlung von EU-Studierenden. Eine Differenzierung bei den Studiengebühren untergräbt nicht nur diesen Grundsatz, sondern stellt auch die Beteiligung der Schweiz an europäischen Bildungsprogrammen wie Horizon Europe und Erasmus+ infrage.

kräftemangel verschärfen. Langfristig gefährdet eine solche Massnahme die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Bildungs- und Forschungsstandorts.

Schwächung des Innovationsstandortes Schweiz

Hochschulen bilden das Fundament für kritisches Denken, Forschung und Innovation. Auch 2024 war die Schweiz eine Innovations Spitzenreiterin. Sie bekleidet weltweit den 7. Rang unter den Patentierungen mit 9'966 eingegebenen Patenten.²⁰ Auf Rang 1 liegt die USA mit gerade einmal 47'787 Patenten. Im Vergleich zur Bevölkerungszahl und ihrer Grösse läuft die Schweiz damit allen Ländern den Rang ab. Nicht ohne Grund betitelte SRF Mai 2024 die Schweiz bereits für das Vorjahr als «Innovationsweltmeisterin»²¹.

Diese zahlreichen Innovationen verdankt die Schweiz der Wissensproduktion an den Schweizerischen Hochschulen. Die Bildung der Studierenden ist nur ein Teil des täglichen Brots der Hochschulen. Die beiden ETHs und die Universitäten sind für den Grossteil der Grundlagenforschung in der Schweiz verantwortlich, während die praktische Anwendung und Weiterentwicklung der Innovationen bei den Hochschulen und der Privatwirtschaft liegt. Ohne eine gesicherte Nachwuchsförderung, zu der auch der Erhalt und die Vergrösserung der Chancengleichheit gehört, wird das Innovationspotenzial in der Schweiz ausgebremst.

Die Schweiz zieht aufgrund ihrer hervorragenden Infrastruktur und der Qualität in Lehre und Forschung aus- und inländische Talente an. Die Investitionen der Schweiz in diesen hochqualitativen Bildungs- und Forschungsstandort lohnen sich – für jeden investierten Franken an den ETHs erhält die Schweiz fünf Franken zurück.²² Durch die geplanten Sparmassnahmen droht der Schweiz der Verlust der globalen Spitzenposition, was den Innovations- und Wirtschaftsstandort Schweiz massiv schwächen würde. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen einer solchen Entwicklung wären immens und würden der Schweizer Volkswirtschaft mittelfristig Milliarden Schäden zufügen.

Bekämpfung des Fachkräftemangels

Die geplante Verdopplung der Studiengebühren im Rahmen des Entlastungspakets 27 droht den bereits heute ausgeprägten Fachkräftemangel in der Schweiz weiter zu verschärfen. Laut dem Fachkräftemangel-Index Schweiz 2'023 ist die Zahl offener Stellen in Berufsgruppen mit hoher Qualifikation um 24 % gestiegen – ein neuer Höchststand²³. Gerade in zentralen Bereichen wie IT, Gesundheit und Ingenieurwesen fehlen qualifizierte Fachkräfte – Berufsgruppen, die überwiegend einen Hochschulabschluss voraussetzen.

Eine Erhöhung der Studiengebühren wirkt in dieser angespannten Lage kontraproduktiv: Sie führt dazu, dass insbesondere Studierende aus finanziell weniger privilegierten Haushalten vom Hochschulstudium abgeschreckt oder ausgeschlossen werden. Bereits heute sind nur 26 % der Studierenden sogenannte Bildungsaufsteiger:innen, also Personen aus nicht-akademischen Haushalten²⁴. Höhere Gebühren erhöhen diese soziale Selektion zusätzlich – und bedeuten konkret: weniger Studierende, weniger Abschlüsse, weniger Fachkräfte.

Gleichzeitig ist der ETH-Bereich ein gutes Beispiel dafür, wie Hochschulen direkt zur Fachkräftesicherung beitragen: In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der ausgebildeten Informatiker:innen verdoppelt, bei den Ingenieur:innen gab es ein Plus von 40 %²⁵. Über 88 % der ETH-Absolvierenden bleiben nach dem Studium in der Schweiz und stehen dem Arbeitsmarkt

²⁰ Europäisches Patentamt. Patent index 2024: European innovation remains robust amid global economic uncertainties, 2024

²¹ Irène Dietschi and Angelika Kren. Die Schweiz ist innovationsweltmeisterin, 2024

²² BIGGAR Economics. The Economic Contribution of the Institutions of the ETH Domain. 2017

²³ Fachkräftemangel index schweiz 2024, 2024

²⁴ Bundesamt für Statistik. Soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden, 2024

²⁵ Strategie in Bezug auf die Entwicklung der Studierendenzahlen im ETH-Bereich – ETH-Rat

langfristig zur Verfügung²⁶. Diese positiven Effekte könnten durch die geplanten Gebührenerhöhungen gefährdet werden – insbesondere weil internationale Studierende stark betroffen wären, obwohl sie einen entscheidenden Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten.

Wer den Hochschulzugang verteuert, verschärft den Fachkräftemangel – in einer Situation, in der die Schweiz auf jede qualifizierte Person angewiesen ist.

Fehlendes Wachstum der Trägerfinanzierung

Bereits heute stehen die Schweizer Hochschulen unter massivem finanziellem Druck. Die Auswirkungen dieser Unterfinanzierung sind im Studienalltag spürbar: Überfüllte Vorlesungssäle, in denen Studierende mangels Sitzplätzen auf dem Boden Platz nehmen müssen, eingeschränkte Betreuungsverhältnisse und der Abbau von Leistungsbestandteilen beeinträchtigen die Qualität der Lehre zunehmend. Ein besonders gravierendes Beispiel ist die Abschaffung der Bachelorarbeit im Mathematikstudiengang an der ETH Zürich – ein klarer Rückschritt im Bereich wissenschaftlicher Ausbildung.

Diese Entwicklung steht in direktem Zusammenhang mit dem fehlenden Wachstum der Trägerfinanzierung durch den Bund – und nicht etwa mit unzureichenden Beiträgen seitens der Studierenden. Am Beispiel der ETH Zürich zeigt sich, dass sich seit 2014 die Anzahl der Studierenden deutlich erhöht hat, ohne dass die Trägerfinanzierung im gleichen Masse mitgewachsen ist. Die Bundesbeiträge stagnieren relativ zur Entwicklung der Studierendenzahlen und reichen nicht mehr aus, um die steigenden Anforderungen zu decken (siehe Abbildung 1).

²⁶ Mahsa Khoshnama, Andreas Beerli, Daniel Kopp, and Michael Siegenthaler. *Job Situation of ETH Alumni: Results of the ETH Alumni Survey. Technical report, ETH Zurich, 2020*

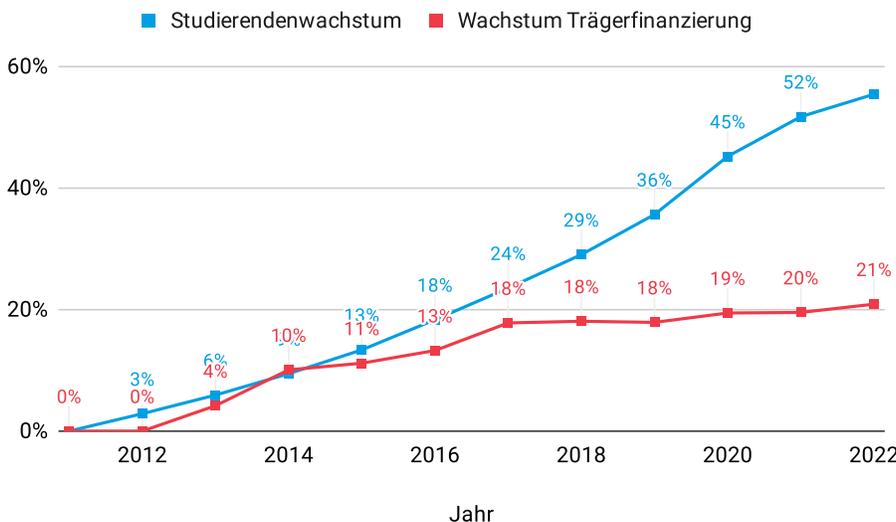


Abbildung 1: Entwicklung der Trägerfinanzierung und der Studierendenzahlen der ETH Zürich verglichen mit 2011.

Auch in Zukunft ist keine Trendwende in Sicht: Die aktuelle BFI-Botschaft des Bundes sieht kein ausreichendes Wachstum der Trägerfinanzierung vor, obwohl die Studierendenzahlen weiterhin steigen. Das bedeutet, dass sich die Schere zwischen verfügbaren Mitteln und den realen Bedürfnissen der Hochschulen weiter öffnet.

Eine Erhöhung der Studiengebühren würde dieses strukturelle Problem nicht lösen, sondern lediglich die Last auf die Schultern der Studierenden und ihrer Familien abwälzen. Um die Qua-

lität von Forschung und Lehre langfristig zu sichern, braucht es stattdessen eine verlässliche, bedarfsgerechte und wachstumsorientierte Trägerfinanzierung durch den Bund.

Angleichung an höhere Berufsbildung

Der Bericht zum Entlastungspaket 27 führt aus, dass eine Erhöhung der Studiengebühren unter anderem deshalb gerechtfertigt sei, weil dadurch eine Angleichung an die Kosten der höheren Berufsbildung erzielt werde.

Aus Sicht des VSS greift dieses Argument zu kurz. Das duale Bildungssystem – die Kombination aus akademischer und beruflicher Bildungsrouten – ist eine der grössten Stärken der Schweizer Bildungslandschaft. Eine funktionierende Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit beider Wege ist zentral. Diese lässt sich jedoch nicht dadurch erreichen, dass der akademische Bildungsweg durch höhere Hürden abgeschwächt wird.

Zudem handelt es sich bei einem Hochschulstudium in der Regel um eine Erstausbildung, insbesondere wenn es direkt nach der Maturität aufgenommen wird. Die höhere Berufsbildung hingegen baut auf einer abgeschlossenen beruflichen Grundbildung auf und wird daher als Weiterbildung klassifiziert. Studierende an Hochschulen befinden sich folglich häufig in einer finanziell prekäreren Lebensphase als Absolvent:innen einer Berufslehre mit Berufspraxis und Erwerbseinkommen.

Die Studiengebühren an Schweizer Hochschulen sind Teil eines gesellschaftlichen Bildungsauftrags und sollen allen leistungsfähigen und motivierten jungen Menschen offenstehen – unabhängig von ihrer finanziellen Ausgangslage. Eine künstliche Angleichung an die Kosten der höheren Berufsbildung schafft keine Fairness, sondern sendet ein falsches Signal: nicht Gleichwertigkeit, sondern Gleichmacherei.

Der VSS bekennt sich klar zur Stärkung des dualen Bildungssystems – jedoch nicht durch die Schwächung eines Bildungsweges zugunsten des anderen, sondern durch den konsequenten Ausbau und die Förderung beider Bildungsoptionen.

Sparen in der Bildung heisst Sparen an der Zukunft

Bildung ist keine kurzfristige Ausgabe, sondern eine langfristige Investition in die Zukunft der Gesellschaft. Wer heute an der Bildung spart, riskiert morgen geringere Innovationskraft, weniger Fachkräfte und sinkende Wettbewerbsfähigkeit. In einer sich rasant verändernden Welt, hängen technologischer Fortschritt, die Bewältigung des Klimawandels und der Erhalt des gesellschaftlichen Wohlstands direkt von gut ausgebildeten Menschen ab.

In Ländern mit höheren öffentlichen Bildungsausgaben steigt das BIP pro Kopf signifikant schneller²⁷. Gleichzeitig zahlen Hochschulabsolvierende über die Jahre bis zu 50 % mehr Steuern als Personen die nur eine obligatorische Schulbildung absolviert haben.²⁸ Je schneller gut ausgebildete Personen in den Arbeitsmarkt eintreten, desto schneller leisten sie einen höheren fiskalischen Beitrag. Bildungsausgaben zahlen sich – volkswirtschaftlich messbar – mehrfach aus.

Jede Kürzung bei der Bildungsfinanzierung verzögert den Berufseinstieg, schmälert die Steuer- und Sozialabgaben künftiger Fachkräfte und schwächt den Forschungsstandort Schweiz. Was kurzfristig Kosten spart, verursacht langfristig deutlich höhere gesellschaftliche und wirtschaft-

²⁷ Education at a glance 2023, 2023

²⁸ Bundesamt für Statistik. Studien- und Lebensbedingungen an schweizer hochschulen: 4 finanzielle situation, 2021

liche Folgekosten. Ein starker Bildungsbereich ist Voraussetzung dafür, dass die Schweiz auch in Zukunft erfolgreich, sozial stabil, international wettbewerbsfähig und innovativ bleibt. Sparen in der Bildung heisst Sparen an der Zukunft!

Literatur

- [1] Entwicklung der Mietpreise für Wohnungen im Kanton Zürich.
- [2] Strategie in Bezug auf die Entwicklung der Studierendenzahlen im ETH-Bereich – ETH-Rat.
- [3] Studiengebühren in Österreich – die aktuelle situation und infos zur befreiung von studiengebühren, 2022.
- [4] Studium in frankreich: Studiengebühren, kosten und finanzierungsmöglichkeiten, 2022.
- [5] Education at a glance 2023, 2023.
- [6] Fachkräftemangel in der schweiz – prognosen und handlungsbedarf., December 2023.
- [7] Fachkräftemangel index schweiz 2024, 2024.
- [8] Studiengebühren in schweden, 2025.
- [9] Tuition fees for further education students, 2025.
- [10] Bundesagentur für Arbeit. Kosten eines studiums, December.
- [11] BIGGAR Economics. The Economic Contribution of the Institutions of the ETH Domain. 2017.
- [12] Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und direktoren. Stipendien und darlehen, 2023.
- [13] Irène Dietschi and Angelika Kren. Die schweiz ist innovationsweltmeisterin, 2024.
- [14] Eurostat. Share of mobile students from abroad enrolled by education level, sex and country of origin.
- [15] Bundesamt für Statistik. Landesindex der Konsumentenpreise.
- [16] Mahsa Khoshnama, Andreas Beerli, Daniel Kopp, and Michael Siegenthaler. Job Situation of ETH Alumni: Results of the ETH Alumni Survey. Technical report, ETH Zurich, 2020.
- [17] United Nations. Universal declaration of human rights, 1948.
- [18] Europäisches Patentamt. Patent index 2024: European innovation remains robust amid global economic uncertainties, 2024.
- [19] Bundesamt für Statistik. Studien- und lebensbedingungen an schweizer hochschulen: 4 finanzielle situation, 2021.
- [20] Bundesamt für Statistik. Stipendien und darlehen, 2023.

- [21] Bundesamt für Statistik. Soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden, 2024.
- [22] Bundesamt für Statistik. Studierende an den universitären Hochschulen, December 2024/25.
- [23] Martin Vetterli and Joël Mesot. Hochschulfinanzierung: Es braucht eine nationale Debatte, 2023.